

ZPTh

Zeitschrift
für Pastoraltheologie

Partizipation – notwendig vielfältig

Partizipation als Anspruch auf eine gerechtere Ordnung

I.

Es war ein Coup, der die meisten Beteiligten genauso überrascht haben dürfte wie die beobachtende Öffentlichkeit: Nachdem zum Start der ersten Plenarversammlung des Synodalen Weges in Frankfurt Bischöfe, Priester, Diakone und Laien zuerst gemeinsam in den Dom eingezogen waren, berieten sie später nach der Ordnung des Alphabets. Die Botschaft war klar. Seht her, wir sind gemeinsam auf dem Weg aus der Krise. Hier gibt es nicht mehr Bischöfe und Laien. One person, one vote.

Die Reaktion kam prompt. Kardinal Woelki sah all seine Befürchtungen bestätigt. „[D]ass da jeder gleich ist“, habe „eigentlich nichts mit dem zu tun, was Katholische Kirche ist und meint“¹. Der ehemalige Präfekt der Glaubenskongregation und Regensburger Bischof Kardinal Müller verstieg sich sogar zu der Äußerung, das Verfahren käme der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes durch die Nationalsozialisten gleich.

Nun reichte schon ein Blick in den Saal und in die Satzung, um zu sehen, dass der Synodale Weg kein basisdemokratisches Unternehmen ist. Aber mit ihrer Regie haben die Verantwortlichen unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass Laien an den Entscheidungen über die Zukunft der katholischen Kirche verantwortlich beteiligt sind. Ob das allen Beteiligten bewusst war oder wie strategisch dieses Zeichen gesetzt wurde, sei einmal dahingestellt. Für unseren Zusammenhang ist aufschlussreich, dass die gleichberechtigte Partizipation von Laien offensichtlich als ein Schlüssel zur Bewältigung der tiefgreifenden Vertrauens- und Glaubwürdigkeitskrise der katholischen Kirche angesehen wird. Durch das Arrangement wurde ebenfalls deutlich, dass der Synodale Weg die Fundamente der katholischen Ordnung nicht ausspart. Das haben die Gegner und Skeptiker sofort verstanden.

Doch kann die katholische Kirche in ihrem gegenwärtigen Selbstverständnis eine maßgebliche Mitbestimmung des Volkes Gottes überhaupt denken? „Participatio“ wird jedenfalls lehramtlich „von oben“ verstanden, als Teilhabe am Heilshandeln Christi, nicht als Mitbestimmung der Gläubigen. Durch die Taufe erhalten Christen und Christinnen *Anteil* an Tod und Auferstehung Jesu, haben durch die Kraft des Heiligen Geistes *Anteil* an seiner Sendung. Auch ein kirchliches Amt „resultiert nicht aus dem Mandat der Gemeinde, sondern aus der Sendung Christi u. des Geistes“². So erhält ein

¹ „Alle meine Befürchtungen eingetreten.“ Kardinal Woelki übt Kritik an der ersten Synodalversammlung, in: Domradio, 1.2.2020, <http://go.wwu.de/dywac> (Stand: 9.2.2020)

² Josef Freitag, Art. Amt IV. Systematisch-theologisch, in LThK, Bd. 1, ³1993, 550.

Priester kraft des Weihesakramentes „Anteil am Amt des einzigen Mittlers Christus (1 Tim 2,5)“ (LG 28). Entsprechend handelt er auch nicht „in persona populi Dei“, sondern „in persona Christi“. Das II. Vatikanische Konzil hat zwar die gleiche Würde aller Getauften anerkannt (LG 32; vgl. CIC Can. 208) sowie die Kirche als „Volk Gottes“ und nicht mehr als *societas perfecta* begriffen, bestand aber weiter (und im Blick auf die Bischöfe sogar verstärkt) auf der wesensmäßigen Verschiedenheit zwischen Laien und Klerikern (LG 10) und ihrer komplementären Zuordnung im Blick auf ihre jeweiligen Aufgaben und Kompetenzen.

Der durch das Konzil nochmals festgeschriebene ontische Vorrang der Kleriker im Blick auf Leitung, Verkündigung und Lehre durchzieht und bestimmt alle partizipativen Strukturen, die in der Folge des II. Vaticanums geschaffen wurden. Die Stärkung der Laien durch das Konzil und die verschiedenen Räte und Synoden auf Diözesanebene haben unzweifelhaft mehr Mitbestimmung im kirchlichen Leben ermöglicht und das Amtsverständnis insgesamt erweitert – aber das ändert nichts daran, dass das letzte Wort in einer Pfarrei noch immer der Pfarrer hat (gegen ein Modell der partizipativen Leitung aus Trier hat Rom gerade sein Veto eingelegt) und in der Diözese noch immer allein der Bischof. Die Gleichheit der Würde der Getauften führt in der katholischen Kirche nicht zu prinzipiell gleichen Rechten. Für den Bonner Kirchenrechtler Norbert Lüdecke ist der Synodale Weg deshalb nichts als ein „Partizipations-Avatar“: „Die vordergründig als Geschwister angesprochenen Lai*innen bleiben auch als Erwachsene in diesem Kindschafts- und Erziehungsverhältnis zur Mutter Kirche und den sie repräsentierenden männlichen geistlichen Vätern.“³

Mit diesem beißenden Kommentar macht Lüdecke auf eine weitere, der katholischen Kirche eigene Dimension des Partizipationsdiskurses aufmerksam. Mehr Mitbestimmung und Teilhabe erfordern die Haltung, sich als mündige Christen und Christinnen zu begreifen und den Sohn- und Töchterstatus zu verlassen. Dieser Zusammenhang ist nicht trivial. Denn noch immer werden diejenigen, die in der katholischen Kirche Ansprüche auf mehr Mitsprache anmelden, behandelt wie aufsässige Kinder, die in die Schranken gewiesen werden müssen – zuletzt die Frauen von Maria 2.0. Und noch immer empfinden Gläubige bei der Geltendmachung eines solchen Anspruchs innere Loyalitätskonflikte, als würden sie etwas Ungebührliches verlangen, für das sie sich zu entschuldigen, mindestens aber zu rechtfertigen hätten.

II.

Der Synodale Weg versteht sich als Antwort auf den erschütternden Befund, dass jahrzehntelang und weltweit Kinder und Jugendliche durch katholische Kleriker miss-

³ Norbert Lüdecke, Die Freiheit des „Herrn Woelki“, in: feinschwarz.net, 4.2.2020, <https://www.feinschwarz.net/die-freiheit-des-herrn-woelki/> (Stand: 9.2.2020).

braucht und diese Verbrechen systematisch vertuscht wurden.. Die Berichte zeigen, dass bestimmte Strukturen der katholischen Kirche diese Form der Gewalt begünstigt haben. Die Vorstellung einer „reinen Kirche“ und das gleichsam „von oben“ her konzipierte Verständnis von Teilhabe erschweren schon die *Wahrnehmung* von Problemen durch diese Ordnung. Wenn etwa „Macht“ nur als Dienst und Hingabe an Christus verstanden wird, so kann Machtmissbrauch nur als individuelle Verfehlung begriffen werden – da die Struktur der *potestas* selbst unangreifbar ist. „Diskriminierung“ nimmt die katholische Kirche deutlich in der Gesellschaft wahr; hier versteht sie sich als Anwältin und Stimme der Benachteiligten. Und zur „Option für die Armen“ gehört selbstverständlich dazu, auf Ungerechtigkeiten und Missstände aufmerksam zu machen, wozu auch die Verletzung von Frauenrechten gehört. Nicht mitgedacht wird jedoch die Möglichkeit, dass die kirchliche Ordnung selber diskriminieren kann. Das zeigt sich zum Beispiel beim Ausschluss von Frauen von der Weihe. Wenn es gottgewollt ist, dass nur Männer geweiht werden können, dann ist der Ausschluss schwerlich als Diskriminierung zu erkennen; es wird diesem Denkmuster folgend ja nichts vorenthalten, was Frauen zustünde. Und wenn unter Berufung auf die göttliche Schöpfungsordnung die Richtlinien des Vatikans zur Priesterausbildung noch 2016 daran festhalten, dass Männer, die „Homosexualität praktizieren, tiefsitzende homosexuelle Tendenzen haben oder eine sogenannte ‚homosexuelle Kultur‘ unterstützen“ von der Weihe ausgeschlossen sind, weil sie sich angeblich „in einer Situation [befinden], die in schwerwiegender Weise daran hindert, korrekte Beziehungen zu Männern und Frauen aufzubauen“, so rechtfertigt die göttliche Ordnung offenkundig eine schier unglaubliche verletzende Abwertung schwuler Männer (Das Geschenk der Berufung zum Priestertum Nr. 199).

Um nicht missverstanden zu werden: Es soll nicht behauptet werden, dass Verantwortliche in der katholischen Kirche nicht in der Lage oder willens sind, strukturelle Probleme oder diskriminierende Ausschlüsse zu erkennen und sie zu verurteilen. Die Argumentation soll lediglich plausibel machen, warum *innerhalb der Rationalität der katholischen Kirche* Einsprüche gegen Ungleichheit und Ungerechtigkeiten der Ordnung selber, die sich gesellschaftlichen Maßstäben einer freiheitlichen Gesellschaft verdanken oder in ihrem Namen vorgebracht werden, nicht als bedeutsam wahrgenommen werden. Natürlich sind Kleriker, namentlich die Bischöfe, gehalten, den *sensus fidelium* aufmerksam wahrzunehmen und die Zeichen der Zeit im Lichte des Evangeliums zu deuten. Und es gibt auch die Wertschätzung der „Fremdprophetie“. Aber Ansprüche wie die auf größere Mitbestimmung von Laien, die volle Teilhabe von Frauen oder die Gleichstellung von schwulen und lesbischen Lebensformen prallen nicht zuletzt auch deshalb ab, weil sie in das gegenwärtige Verständnis der göttlichen Ordnung der katholischen Kirche nicht integrierbar sind.

Nicht alle sehen darin einen Mangel. Konservative Katholik*innen betrachten das Bemühen um ein partnerschaftliches Miteinander und die Forderung nach mehr Mitsprache von Laien in der katholischen Kirche nur als Anpassung an den Zeitgeist. So

ätzt Christian Geyer-Hindemith in der FAZ über den Synodalen Weg, „[s]olche „Rückkopplung von Religion ans persönliche Wohlgefühl, an Bedürfnisse privaten Aufgehobenseins“ sei „ein peinlicher Zug derer, die sich im Umgang mit Weltfremdheit – zu welcher der Katholizismus naturgemäß gehört – als Absolutisten ihrer Gegenwart gebärden“⁴.

Wer so argumentiert und „Weltfremdheit“ zu einem katholischen Wesensmerkmal erhebt, lenkt jedoch vom wesentlichen Punkt ab. Es geht bei der gegenwärtigen Forderung nach mehr Partizipation innerhalb der Kirche nicht ums Wohlfühlen durch die Beseitigung einer kognitiven Dissonanz zur demokratischen Gesellschaft. Es geht im Kern um eine Antwort auf das massive Unrecht durch Verantwortliche und Strukturen der katholischen Kirche selbst, das ihre Glaubwürdigkeit bis ins Mark erschüttert hat.

Wenn Christen und Christinnen heute darauf bestehen, dass das, was sie in der Demokratie als gut und richtig erkannt haben, auch in der katholischen Kirche gelten muss, so ist das eben keine Anbiederung an die Gesellschaft, sondern Konsequenz aus der Erfahrung, dass die kirchliche Ordnung blind sein kann für schlimmste Verbrechen. Wenn Laien in Deutschland mehr Partizipation fordern, reden sie keinem falschen Gleichheitspathos das Wort, sondern nehmen ihre Verantwortung als mündige Christen und Christinnen wahr. Katholiken und Katholikinnen wollen nicht länger nur Schafe sein, die ihren Hirten gehorchen – weil das weltweite Missbrauchsgeschehen gezeigt hat, dass nicht wenige Hirten ihre Herde hintergangen haben.

III.

Vergleicht man die Partizipationsrechte und -möglichkeiten in der katholischen Kirche mit denen der freiheitlichen Demokratie, so liegt es nahe, sie einander antagonistisch gegenüberzustellen. Gewiss unterscheidet die Idee gleicher Freiheit und verbürgter rechtlicher Gleichheit die Demokratie fundamental von der inneren Verfasstheit der katholischen Kirche. Werden hier Beteiligung und Repräsentanz gleichsam „von oben“, von Christus her gedacht, so werden sie in der repräsentativen Demokratie von der Basis, dem Volk aus konzipiert, das in freien Wahlen seine parlamentarischen Vertreter*innen wählt. Demokratische Ämter stehen grundsätzlich allen Staatsbürger*innen offen, sie werden auf Zeit verliehen und sind kein Wesensmerkmal einer Person. Die Entscheidungsmacht ist auch nicht in einer Hand konzentriert, sondern wird in einem Gefüge der Gewaltenteilung ausgeübt.

Trotz dieser fundamentalen Gegensätze wäre es aber verfehlt, die freiheitliche Demokratie einfach als Gemeinschaft von Gleichen und Freien zu zeichnen und einer illiberalen katholischen Ordnung entgegenzuhalten. Nicht nur, weil beide auch interagie-

⁴ Christian Geyer, Synodaler Weg: Kalter Kaffee in Gottes Namen?, in: faz.net, 3.2.2020, <http://go.wvu.de/qsal9> (Stand: 9.2.2020).

ren. Die Kirchen in Deutschland erheben den Anspruch, die Gesellschaft mitzugestalten, und der deutsche Staat arbeitet mit ihnen in den Bereichen Schule, Universität, Justiz und Militär sowie im Sozialbereich eng zusammen. Ein einfacher Antagonismus greift auch deshalb zu kurz, weil die Demokratie als „politische Lebensform der Freiheit“ (Wolfgang Thierse) ebenfalls Ein- und Ausschlussdynamiken kennt. Stephan Lessenich weist zu Recht darauf hin, dass „[d]er moderne Prozess der Demokratisierung [...] immer ein soziales Ringen um Beteiligung, Mitbestimmung, Berechtigung“⁵ war. Dieses Ringen ist mitnichten beendet. „Wir haben es in der Spätmoderne (wieder) mit einer Klassengesellschaft zu tun“, so Andreas Reckwitz. „Neben den ungleich verteilten materiellen Ressourcen (Einkommen und Vermögen) unterscheiden sich die Klassen hinsichtlich ihrer Lebensstile – und ihres kulturellen Kapitals – grundsätzlich voneinander.“⁶

IV.

An Staat und Politik richtet sich in Deutschland die Erwartung, in einer den Zeitgenossen zutiefst widersprüchlich erscheinenden Gesellschaft⁷ für den notwendigen Ausgleich zu sorgen und Chancengleichheit zu gewährleisten, damit die Bürger*innen ihr gleiches Recht auf die selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens und auf gleichberechtigte politische Mitwirkung auch tatsächlich leben können. Doch durch die digitale Revolution und die globalisierte Wirtschaft erfüllt sich das Versprechen der deutschen Politik, im Zusammenwirken mit Gewerkschaften, Betriebsrät*innen, Arbeitgeber*innen, Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen die verschiedenen Interessen auszugleichen, immer weniger. Dadurch wächst die Enttäuschung über die politischen Akteur*innen, schwindet das Vertrauen in die Gestaltungs- und Problemlösungskompetenz demokratischer Verfahren. Einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2019 folgend, sind inzwischen mehr als die Hälfte der Bürger und Bürgerinnen in Deutschland unzufrieden damit, wie die Demokratie in unserem Land funktioniert.⁸ Als Reaktion darauf propagieren die „Wutbürger“ und die AfD ein Schließen von Berechtigungsräumen: Die vorgeblich knappen materiellen und immateriellen Güter sollen nur noch „Deutschen“ zukommen – die fundamentale Gleichheit aller Staatsbürger*innen, Kern unseres Rechtsstaats, wird aufgekündigt. Die demokratische Antwort auf die Krise der repräsentativen Demokratie dagegen enthält den Ruf nach mehr Partizipation: Die nachdrückliche Verteidigung der freiheit-

⁵ Stephan Lessenich, Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem, Ditzingen 2019, 19.

⁶ Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten, Berlin 2017, 275.

⁷ Vgl. ebd., 21.

⁸ Frank Decker u.a., Vertrauen in die Demokratie – Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?, Berlin 2019, <https://www.fes.de/studie-vertrauen-in-demokratie> (Stand: 8.2.2020).

lich-demokratischen Grundordnung und der „Werteordnung“ des Grundgesetzes wird verbunden mit Vorschlägen für neue Beteiligungsformen, etwa einem „Beteiligungsrat für die Bundesrepublik“, in dem zufällig ausgewählte und gezielt rekrutierte Bürger*innen zusammenkommen, diskutieren und Empfehlungen geben für die Bundespolitik, die über die Umsetzung Bericht erstatten muss.⁹

V.

So unterschiedlich die Kontexte und Gründe sind – sowohl in der Kirche als auch in der Politik sind die Forderungen nach mehr Partizipation Reaktionen auf Krisenerfahrungen. Eine höhere Mitbestimmung und Repräsentanz gelten explizit oder implizit als Merkmal einer gerechteren Ordnung. Fehlende oder als unzureichend empfundene Partizipation wird als ungerecht und kränkend erlebt, was zeigt, dass Fragen von Beteiligung auch eine stark emotionale Komponente haben. Wenn man dazu noch mit Andreas Reckwitz davon ausgeht, dass die hoch individualisierte spätmoderne Gesellschaft eine „Affektgesellschaft“ ist, in der die Einzelnen geradezu „lechzen danach, affiziert zu werden und andere affizieren zu können, um selbst als attraktiv und authentisch zu gelten“¹⁰, wird erst recht verständlich, warum Debatten um Mitbestimmung und Teilhabe so emotional geführt werden. Für die Einzelnen verbindet sich mit dem Wunsch nach Partizipation das Bedürfnis nach Identifikation, Zugehörigkeit und Anerkennung. Für unseren Zusammenhang übersetzt heißt das: Die Antworten auf die Krisen von Kirche und Demokratie müssen auch existenziell überzeugen.

Es ist noch nicht ausgemacht, wie die Antwort der katholischen Kirche in Deutschland am Ende ausfällt. Der Synodale Weg muss sich auf neues Terrain wagen, wenn die Beteiligten nicht zwischen Maximalforderungen nach gleichberechtigter Partizipation auf der einen und Beharren auf unabänderlichen Strukturen auf der anderen Seite steckenbleiben wollen. Es bleibt also spannend.

Dagmar Mensink

Verantwortliche in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz für die Koordinierung religionspolitischer Grundsatzzfragen und für die Beziehungen zu Kirchen und Religionsgemeinschaften

mail(at)dagmar-mensink(dot)de

⁹ Brigitte Geißel – Stefan Jung, Mehr Mitsprache wagen. Ein Beteiligungsrat für die Bundesrepublik. Friedrich-Ebert-Stiftung 2019, <https://www.fes.de/studie-beteiligung> (Stand: 9.2.2020)

¹⁰ A.a.O., 17.